

en berücksichtigt. Die Regierungen und Behörden in der Region, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, EU und OSZE sowie mit lokalen und internationalen Organisation, sollten schnell handeln um sicherzustellen, dass die humanitären Bedürfnisse der betroffenen Zivilbevölkerung erfüllt werden, indem sie Bewegungsfreiheit für humanitäre Transporte und vollen Zugang zu Wasser, Nahrung und Gesundheitsversorgung sicherstellen. Die aufgrund der Kämpfe vertriebene Bevölkerung soll unterstützt und in die Lage versetzt werden zurückzukehren.

Die Eskalation der Situation in Georgien/Süd-Ossetien in einen bewaffneten Konflikt war nicht unvorhersehbar und war ein Ergebnis einer Kette von Aktionen und Reaktionen aller beteiligten Parteien. Um ähnliche Krisen zu vermeiden, rufen wir die internationale Gemeinschaft – und besonders die EU und ihre Mitgliedsstaaten – auf, die Bemühungen um Frühwarn- und schnelle Reaktionssysteme sowie um angemessene Mechanismen und Kapazitäten der Friedensschaffung zu stärken.

Sofortige kurz- oder langfristige Maßnahmen sind zu unterstützen. Es sollte eine Erkundungsmis-

sion entsandt werden, die sich in Georgien, Süd-Ossetien, Abchasien und Russland mit Behörden und der Bevölkerung sowie mit nationalen und internationalen, in der Region engagierten Organisationen trifft. Diese Mission sollte eine ausgewogene und allseitige Analyse der Situation voranbringen und praktische Schritte vorschlagen, damit ein echter Prozess der Konfliktbeilegung entwickelt werden kann. In diesem Zusammenhang sollte die Möglichkeit erwogen werden, zivile, ausgebildete Experten der Zivilgesellschaft einzusetzen, z.B. im Rahmen von Zivilen-Friedensdienst-Programmen, die die wichtigsten lokalen Beteiligten der Zivilgesellschaft in ihren Bemühungen beim Friedensaufbau unterstützen und schützen können.

Diese Stellungnahme vom 21. August wird unterstützt von den EN.CPS-Mitgliedern und assoziierten Organisationen: Peace Action Training and Research Institute of Romania, Rumänien; Partners for Democratic Change Slovakia, Slowakei; Forum Ziviler Friedensdienst, Deutschland; Austrian Peace Services, Österreich; Alexander Langer Foundation, Süd Tirol, Italien; Peacebuilding UK, Großbritannien; NoVA – Centre for Social Innovation, Katalonien, Spanien; Netherlands Expertise Centre Alternatives to Violence, Niederlande; Bund für Soziale Verteidigung, Deutschland; Norwegian Peace Council, Norwegen; Norwegian Peace Association, Norwegen

Clemens Ronnefeldt

Internationale jüdische Opposition gegen einen Angriff auf Iran

Druck auf israelische und US-Regierung bleibt nötig

Am 18. Juli veröffentlichte der israelische Historiker Benny Morris in der »New York Times« einen Artikel, in dem er u.a. schrieb: »Die Iraner werden – sei es aus ideologischen Gründen oder aus Angst vor einem nuklearen Präventivschlag der Israelis – jede von ihnen gebaute Bombe einsetzen. Darum ist ein israelischer Nuklearschlag, der die Iraner an ihren letzten Schritten zu einer Bombe hindert, wahrscheinlich. Die Alternative wäre, es zuzulassen, dass Teheran seine Bombe hat. So oder so wäre in jedem der beiden Fälle ein mittelöstlicher Nuklear-Holocaust vorherbestimmt.« (<http://nytimes.com/2008/07/18/opinion/18morris.html>; dt. Übersetzung: Ellen Rohlf's)

Diesen Artikel nahm eine internationale jüdische Gruppe von 113 UnterzeichnerInnen aus 14 Staaten, darunter Prominente wie Professor Noam Chomsky oder die Berliner Professorin Dr. Fanny-Michaela Reisin von der Organisation »Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden im Mittleren Osten« (www.juedische-stimme.de) zum Anlass, scharf gegen einen Angriff auf Iran zu protestieren.

In einer Stellungnahme, die auf Arabisch, Deutsch, Englisch und Französisch am 11. August verbreitet wurde, heißt es:

»Bemühungen, die Kriegstrommeln für einen Angriff auf Irans Kernkraftanlagen zu rühren, bestimmen das derzeitige Geschehen sowohl in den USA als auch in Israel. Nicht zuletzt die in der New York Times am 18. Juli veröffentlichte Auffassung des israelischen Historikers Benny Morris ist geeignet, jene politischen Kräfte zu stützen. (...)

Die Werbung mit dem Argument der Unvermeidbarkeit spielt auf die jüdische und israelische Erinnerung an den Nazi-Holocaust an. Damit soll jede Unterstützung für einen israelischen Militärschlag gegen den Iran mobilisiert und so eine Reaktion provoziert werden, die, indem die USA hineingezogen werden, zu einem weiteren Krieg führt. Dies ist umso beklagenswerter, als immerhin 16 Geheimdienstagenturen der USA zu dem Schluss gekommen sind, dass der Iran ein Atomwaffenprogramm nicht hat und auch in den vergangenen fünf Jahren nicht hatte.

Wir feiern den heldenhaften Mut des israelischen Atom-Informanten Mordechai Vanunu und unterstützen, indem wir mit unserer Stimme seine Verurteilung des illegalen Kernwaffenarsenals Israels verstärken, den Aufruf für einen atomwaffenfreien Mittleren Osten.

Die Geisteshaltung, die den Rufen nach einem gegenseitigen Vernichtungskrieg als Lösung von Sicherheitsproblemen zugrunde liegt, ist erstaunlich widersprüchlich. Nur die Erfindung einer Nazi-ähnlichen Bedrohung vermag für die Glaubwürdigkeit eines solchen Aufrufs zum Krieg herzuhalten, was mit jener Begründung für die Besetzung vergleichbar ist, die eine palästinensische Verschwörung ausmacht, die Juden ins Meer zu treiben. Auch die Anspielung auf die iranische Ideologie (Islam) als Ursache der Konfrontation hält keiner Prüfung stand. Zumal die politische Kampfansage an Israel durch den iranischen Präsidenten, Mahmoud Ah-madinejad, selbst ungeachtet aller Falschübersetzungen, nicht ein Aufruf zur Vernichtung ist.

Wir streben Sicherheit für alle Betroffenen an, indem wir ein Recht auf Sicherheit für alle bejahen. Obgleich wir der Perspektive eines unvermeidbaren Konflikts keinen Glauben schenken, protestieren wir gegen die Hysterie der Iran-Bashers (Draufschläger), die nunmehr an ihren wiederholten Fehlstarts verzweifeln, einen weiteren unnötigen Krieg anzuzetteln. Der Versuch, den Iran zu zwingen, den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu entsprechen, ist rechtlich, diplomatisch und politisch kraftlos, solange die Vereinigten Staaten und Israel jede UN-Diplomatie und ebenso sämtliche Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs in Sachen Palästina durchweg ignorieren.

Wir rufen alle auf, die gegen einen Militärschlag auf den Iran sind, Repräsentanten ihrer Regierungen anzuschreiben und aufzufordern, dass der Staat Israel, anstelle der Verkündung von Kriegs-

drohungen seine Atomeinrichtungen der internationalen Inspektion zugänglich macht und in gleicher Weise, wie es der Iran schon getan hat, den Nichtverbreitungsvertrag (Non-Proliferation Treaty) unterzeichnet.« (dt. Übersetzung: Ellen Rohlf)

Bei Stanley Heller (www.TheStruggle.org; mail @TheStruggle.org), Connecticut, USA, unterzeichnen seither weitere UnterstützerInnen diese Erklärung.

Am 21. August berichtete die israelische Zeitung »Haaretz« (www.haaretz.com/hasen/spages/1013735.html), dass der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak bei seinem USA-Besuch Anfang August um Tankflugzeuge des Typs Boeing 767 gebeten habe, damit die lediglich sieben im Besitz der israelischen Luftwaffe sich befindenden betankbaren Kampfflugzeuge bei Fern-Operationen in der Luft betankt werden könnten – und damit ihre Reichweite bis nach Iran und zurück nach Israel reichen würde.

Die US-Regierung verweigerte den Kauf, weil sie – so Haaretz – »fürchtete, solch eine Transaktion könnte als Unterstützung für einen israelischen Angriff auf Iran interpretiert werden«.

Es gilt, weltweit den Druck auf die US- wie auch die israelische Regierung hoch zu halten und gerade angesichts der jüngsten Ereignisse in Georgien und des Aufflammens eines neuen Kalten Krieges jeden weiteren Waffengang im Nahen und Mittleren Osten zu verhindern.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim Versöhnungsbund.



Claus Bernet

Gewaltfrei gegen Sklaverei

Zur Aktualität von Laura Haviland

Vor 200 Jahren wurde am 20. Dezember 1808 Laura Haviland geboren. Innerhalb vieler Grassroot-Bewegungen der USA ist diese bemerkenswerte Frau nicht vergessen worden. Sie war vor allem eines: radikal und gewaltfrei. Ihr Anliegen war die Abschaffung der Sklaverei, ein Thema, mit welchem die Menschheit von der Antike bis heute leider immer wieder in neuen Formen konfrontiert ist.

Laura Haviland kam in Kitley Township in Ontario (Kanada) auf die Welt. Sie war die Tochter von Daniel (1785-1845) und Sene Smith (1787-1845), einem streng religiösem Quäkerpaar. 1815 zog die Familie in die Nähe der Niagarafälle. Schon 1825 heiratete Laura, gerade einmal 16 Jahre alt, den Quäker Charles Haviland (geb. 1800). Mit ihm hatte sie

zwei Söhne und vier Töchter. 1829 zog die Familie nach Raisin in Michigan und lebte in einer einfachen Holzhütte. Über die Lebensverhältnisse jener Jahre berichtete Laura Haviland in ihrer auch heute noch lesenswerten Autobiographie »A woman's life work. Labors and experiences of Laura S. Haviland«, die 1881 erstmals in Cincinnati erschienen ist und bis heute vielfach aufgelegt wurde.

In Raisin wird Haviland erstmals auf die Sklavereifrage aufmerksam. So trat sie der Logan Anti-Slavery Society bei, der damals ersten Vereinigung gegen Sklaverei im Staate Michigan. 1839 eröffnete sie eine Schule in Raisin Valley, wo weiße und schwarze Kinder zu gleichen Bedingungen aufgenommen wurden – eine Sensation zur damaligen Zeit. In Michigan war es überhaupt die erste Schule,